

"Moskaus Erbe - hochexplosiv" in Die Zeit (2. Dezember 1994)

Quelle: Die Zeit. 02.12.1994, n° 49. Hamburg. "Moskaus Erbe - hochexplosiv", auteur:Schmidt-Häuser, Christian , p. 4.

Urheberrecht: (c) Christian Schmidt-Häuser / Die Zeit

URL: http://www.cvce.eu/obj/moskaus_erbe_hochexplosiv_in_die_zeit_2_dezember_1994-de-9d8a520e-c945-4b45-b93a-b2a8716b2bd8.html

Publication date: 02/07/2015

Kommende Woche überprüft der Budapester KSZE-Gipfel die Situation in Konfliktregionen der ehemaligen Sowjetunion — darunter Moldawien und Transnistrien

Moskaus Erbe — hochexplosiv

Dubossary/Tiraspol

Eine Sorte Brot, kastenförmig, bleich, kaum genießbar. Eine Schlange, die sich um die Säulen im größten Lebensmittelladen der Stadt windet. Müde, verhärmte Menschen, früh zerfurcht, in Nachkriegskleidung. Vor der einzigen Verkäuferin liegt eine fettbefleckte, handgeschriebene Liste. Darauf sind alle Einkaufsberechtigten des zentralen Stadtviertels durchnummeriert. Wer dran ist, nennt seine Zahl. Die Frau hinterm Tresen hakt jeden Tag ab: ein Laib für zwei Menschen. Der Soldat in Tarnuniform packt sechs Brote für Rußlands „friedensschaffende Streitkräfte“ in eine ausgebeulte Aktentasche. „Der Nächste... Sie stehen nicht auf der Liste, Genosse. Bei mir nicht. Der Nächste...“

Draußen vor der Tür steht ein mittelgroßer Tankwagen. Von ihm führt ein Plastikschlauch durch ein Loch in der Scheibe zu einer Milchkanne im Laden. Die Verkäuferin im vormals weißen Kittel stürzt rein und raus, dreht den Tankwagenhahn auf und zu. Zwischendurch schenkt sie die Milch aus der Kanne mit einem Litermaß in Weckgläser, die ihre bange andrängenden Kunden mitgebracht haben. Wer die seltene Lieferung nicht erwartet hat, kann eine Plastikfolie kaufen, sie zur Tute aufpusten und sie dann oberhalb der eingefüllten Milch abbinden in der Hoffnung, damit heil nach Hause zu kommen.

Das fällt heute leichter, weil selbst am schlaglöcherigen Hauptplatz kaum noch Autos fahren. Benzin und Ersatzteile fehlen. Für den Heimwerker bietet der Freiluft-Markt gegenüber: Innereien alter Dampf radios, ein halbes Dutzend Metallkämme, zwei verrostete Beile. Hammer und Sichel sind in diesem Steinzeitkommunismus. Sie gibt es nur noch — dafür aber reichlich — aus Beton. Als Wegweiser der Arbeiter- und Bauernmacht vor Fabriken und auf Kreuzungen.

Der zentrale Kolchosmarkt bietet Textilien aus der Türkei, Äpfel, Nüsse, eine Schaschlikbude und Unmengen hungrig schnüffelnder Köter. Der Laden für Fleisch ist verriegelt. Der Laden für Fisch steht offen. In der Kühltheke wartet eine einsame Glaskonserve mit Erbsen. „Wann gibt es Fisch?“ Die Verkäuferin: „Nie mehr.“ — „Wie hoch ist Ihr Durchschnittsgehalt?“ — „Hab' keins, bekomme keine Waren.“ Der einzige Kunde schaltet sich ein: „Heute steht in der Zeitung: Unser Durchschnittslohn ist genau 1400mal niedriger als der eines Arbeiters bei Toyota.“

Science-fiction? Eine Vision von der Sowjetunion an ihrem hundertsten Geburtstag — wenn sie das Jahr 2017 erlebt hätte? Ein versunkenes Atlantis altkommunistischer Nostalgiker?

Nichts davon. Alles frisch. Auch Europa. Das Paradies der Werktätigen jenseits von Toyota heißt Dubossary. Die Stadt mit 40 000 Einwohnern gehört zur letzten Zelle des abendländischen Spätkommunismus, zur selbsternannten Dnjestr-Republik. Die Region mit knapp 700 000 Einwohnern, in der gut fünfzig Prozent Russen und Ukrainer, über vierzig Prozent rumänischstämmige Moldawier das Sagen haben, streckt sich jenseits des Flusses Dnjestr nach Norden und heißt entsprechend: Transnistrien. Das klingt fast nach Draculas Heimat. Und davon ist das staatliche Nachtschattengewächs mit allabendlicher Ausgangssperre in der Tat nicht weit entfernt.

Der schmale Landstrich, ein rotes Tuch für alle Nachbarn, liegt östlich von Rumänien. Er ist eingeklemmt zwischen der GUS-Republik Moldawien, von der Transnistrien nach blutigen Kämpfen mit Hunderten von Toten abgefallen ist, und der GUS-Republik Ukraine, die den Putschisten-Freunden den Weg nach Rußland, zu Rutzkoj und zur Rache an Jelzin versperrt. Denn der russische Präsident hat Moldawien jetzt vertraglich zugestanden, daß Moskau die 14. russische Armee bis zum Oktober 1997 aus Transnistrien abziehen wird. Und von dieser Armee allein, von ihrem Sold, ihren Waren und Waffen, ihrer Anwesenheit lebt der stalinistische Restposten am Dnjestr unter „Präsident“ Igor Smirnow — dem klaren Harten aus dem Norden, der einst in Sibirien für KGB, Partei und Rüstungsindustrie wirkte.

Fünf Jahre nach den Wenden in Osteuropa tritt in der kommenden Woche die KSZE-Überprüfungskonferenz in Budapest zusammen. Sie wird geschäftig den Eindruck erwecken, als sei alles im Griff auf dem postkommunistischen Schiff — Jugoslawien als Sonderfall ausgenommen. Doch in Moldawien und Transnistrien stehen sich die alten Konstellationen und die neuen Paradoxa Europas in einem Mikrokosmos gegenüber, der noch längst nicht vor dem großen Knall sicher ist.

Die eine Republik, Moldawien, das frühere Bessarabien, das Stalin von Rumänien abtrennte und zum „Obstgarten“ des Sozialismus bestimmte, liegt westlich des Dnjestr und hängt ohne Rohstoffe und Energie am Tropf der Weltbank und des Währungsfonds. Sie haben Moldawien eine feste Währung beschert — den Leu, der aber gefährliche soziale Spannungen wecken wird, weil dieses Geschenk an rigorose monetaristische Auflagen geknüpft ist.

Die andere Republik, das separatistische Transnistrien, das Stalin nach dem Krieg von der Ukraine abgeschnitten und Moldawien als Industriestandort zugeschlagen hatte, liegt östlich des Dnjestr und will die nackte Sowjetmacht retten — ohne Ideologie und notfalls ohne Rußland. Sie hat eine Coupon-Währung in drei Sprachen und mit acht Druckfehlern eingeführt, weil die Setzer im fernen Moskau sich beim Rumänisch und Ukrainisch vertaten. Die Währung ist so schwach, daß in Transnistrien neben Lenin auch der Rubel hochgehalten wird. Zufrieden steckt die Kioskfrau eine 100-Rubel-Note (Gegenwert: 5“Pfennig) für vier dünne Lokalblättchen ein. Russische Zeitungen bleiben längst aus. Niemand kann sie bezahlen in der sozialistischen Scheinrepublik.

Vor der transnistrischen „Grenze“, die aus moldawischer Sicht nicht existiert, stehen nach dem Blutvergießen von 1992 die „friedensschaffenden Kräfte“ auf Wacht: ein russischer Offizier und je ein Soldat vom westlichen und östlichen Dnjestr-Strand. An ihren Baracken wehen Fähnchen in UN-Blau. Die KSZE-Mission, deren sieben Vertreter zwischen der moldawischen Hauptstadt Chisinau (russisch: Kischinjaw) und dem transnistrischen Zentrum Tiraspol pendeln, ist von der Abstimmung mit den russischen Offizieren angetan. „Sie sind korrekt und professionell. Und sie erhalten nur geringe logistische Unterstützung von der 14.“Armee“, sagt der kanadische Delegationsleiter Philip Hahn. Nicht wenige Offiziere kommen aus dem benachbarten Odessa und sind jüdischer Abstammung. Die Truppe ist in diesem Monat von 1200“auf 500“Mann verdünnt worden. Das Grundmandat der KSZE-Mission lautet: Tansnistrien mit Moldawien wiederzuvereinigen (obwohl beide vor Stalin nie zusammengehörten) und für dieses Ziel erstens auf Reformen zu drängen, zweitens den Abzug der 14.“Armee zu erreichen, drittens die Friedenszonen zu betreuen und viertens die Aussöhnung zu fördern. Der heute gefährlichste Sprengsatz liegt außerhalb des Mandats. Er wird auch in Budapest nicht berührt werden. Es sind die alten Munitions- und Waffenlager im Norden Transnistriens, die zu den größten Europas zählen.

Der Kommandeur der 14.“Armee, General Alexander Lebedj, der sich in Transnistrien mit eigenem Fernsehen (Arm-TV) und der Zeitung *Soldat des Vaterlandes* zum Retter Rußlands aufzubauen versucht, unterstellt den separatistischen Führern, die er heute „Waffenschieber und Banditen um Smirnow und Co.“ nennt, daß sie die Lager plündern und die Munition über den Balkan und ganz Europa verpulvern wollen, um ökonomisch zu überleben. Halb warnt er da zu Recht, halb will er nur Abmarsch und Auflösung der 14.“Armee hinauszögern, um sich weiter als Prokonsul des Imperiums startbereit zu halten.

Die KSZE-Konferenz jedenfalls täte gut daran, die beiden Republiken des einen Staates im Südwesten der GUS gründlicher unter die Lupe zu nehmen als bisher: hier das gastfreundliche Agrarland Moldawien, das aus dem Internationalen Währungsfonds westlich leben möchte; und dort die unwirtliche Industriearbeit Transnistrien, die aus dem verbleibenden Waffenfonds des proletarischen Internationalismus auferstehen will.

Die österreichischen Dnjestr-Anrainer haben heute eigene Briefmarken fürs „Inland“. Ihre Bewohner müssen zwei Pässe erstehen: Ohne transnistrischen gibt es kein Brot, ohne moldawischen kein Visum.

Denn kein Staat der GUS und der Welt erkennt Transnistrien an. Dessen ungeachtet, gibt es 24 Ministerien und Staatskomitees, ein eigenes Gericht und den Generalstaatsanwalt Boris Lutschik. Der schaut sich gerade — wegen zunehmender Raubmorde — nach einem amtlich beglaubigten Henker um: „Was wären wir denn

für ein Staat ohne Henker?“

Aber nicht alle transnistrischen Führer wollen Blut mit Blut vergelten. Im pompösen Parlaments- und Regierungspalast steht an der Tür mit der goldumrandeten Nummer 516 „Staatssekretär“. Das ist nicht irgendeiner, sondern — wie in den USA so auch in Transnistrien — der Außenminister. Wladimir Litskay ist Historiker und Spanischdolmetscher, Lumumba-Universität, zwei Jahre Kuba, wohl immer hart am Wind des KGB. Doch der einfallsreiche Dauerredner gehört zu den „Liberalen“ in Tiraspol. Er ist der Chefideologe der GUS II, der „Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten“. Litskay: „Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Karabach, die Krim und die Serben der Knin brauchen ein gemeinsames postsowjetisches Modell.“

„Und wohin kommen die Waffenberge Transnistriens?“ — „Die Waffen gehörten zur südwestlichen Front gegen den Nato-Partner Türkei. Die Front in Bulgarien und Rumänien existiert nicht mehr. Aber die ganze Technik liegt noch in Transnistrien: Artilleriegeschosse, Minen, Raketen aller Arten. Bevor Lebedj das nicht alles rausgeschafft hat, wird er in Moskau nicht Generaloberst. Deshalb sind wir für ihn jetzt die bösen Buben. Präsident Smirnows Dekret besagt: Die Waffenlager befinden sich im Besitz der russischen Armee auf fremdem Territorium. Wenn sie abzieht, gehören die Waffen uns. Wir werden sie für Rußland bewachen. Denn Moldawien hat ja schon ein ganzes Geschwader von 32 MIG-29 in den Südjemern und nach Zypern verscherbelt für nur 300 Millionen Dollar. Reines Dumping — eine Milliarde hätte man rausholen können.“

Vor gut einem Monat haben sich Rußland und Moldawien nun über den Abzug der 14. Armee binnen dreier Jahre und unter Mitnahme aller Waffen geeinigt. Bis dahin freilich hat diese russische Armee — auch wenn sie nur in Transnistrien steht — einen legalen Status in dem von 134 Ländern anerkannten Staat Moldawien. Der fehlte ihr bisher. Für die Militärs, die sich bemühen werden, den Abzug zu verschleppen, ist das ein Trostpflaster. Für General Lebedj nicht. Er fürchtet um seine Machtbasis, um seine Rolle als Anwalt der 25 Millionen Russen im „nahen Ausland“ und als ehrlicher Wächter über Rußlands Waffen.

Sein Sprachrohr, Oberst Michail Bergmann, torpediert den Besucher in der blankgebohnerten Kommandantur von Tiraspol mit Papieren, die den Waffenhandel der transnistrischen Führung beweisen sollen. Darunter ist ein erbeutetes Dokument mit Präsident Smirnows Unterschrift, das die Lieferungen von Kalaschnikows und aus Bulgarien Handgranaten im Wert von 1,6 Millionen Dollar auflistet. Unter dem Briefkopf einer Firma aus dem Hamburger Raum steht ein Vertrag mit Transnistrien über die Gründung eines gemeinsamen Kleinbetriebes. Als dessen Leiter und Direktoren fungieren keine Geringeren als Präsident Smirnow, der Parlamentsvorsitzende Mazaktsa und ihre Stellvertreter — um so ins Ausland geladen zu werden und an Visa zu kommen.

Triumphierend hält Oberst Bergmann Dienstausweise von führenden Milizoffizieren hoch, die in anderen Papieren westliche Namen tragen und auch in Deutschland offensichtlich finsternen Geschäften nachgehen. „Die Moskauer Dummköpfe begreifen nicht, was passiert, wenn die Armee abzieht, die Waffen aber hierbleiben — weil ihr Transport durch die Ukraine und Weißrußland nicht zu bezahlen ist oder wegen Explosionsgefahr gar nicht mehr riskiert werden kann. Das landet alles auf dem Balkan und wird mehr verseuchen als Tschernobyl.“

Klar, daß Bergmanns Unterlagen vom militärischen Sicherheitsdienst stammen. Klar aber auch, daß Smirnow an die Waffenlager heranzukommen versucht: mit kaum getarnten Dekreten gegen Kriminalität, die seinen „Rechtsschutzorganen“ ungehinderten Zutritt zu „jedem Gelände jeder beliebigen Firma“ einräumen. Schützenhilfe hat Lebedj inzwischen vom Oberkommandierenden der Bodentruppen, General Semjonow, erhalten: „Es ist unmöglich, die Armee gänzlich abzuziehen. Eine Militärbasis zum Schutz der russischen Bevölkerung muß bleiben.“

Um dieses Argument noch vor der KSZE-Konferenz zu entkräften, verkündete der moldawische Parlamentspräsident Lucinchi zu Wochenbeginn in Moskau: Moldawien sei bereit — bei entsprechenden Garantien der Weltgemeinschaft —, seine neue Armee wieder aufzulösen und das Land zu entmilitarisieren, wenn die Bevölkerung Transnistriens wirklich befürchte, daß ihre Sicherheit nach dem Abzug der

14. Armee gefährdet sei.

Wie immer Rußlands Präsident Jelzin, die 14. Armee und die Altkommunisten von Transnistrien auch zueinander stehen — sie haben Moldawien schon viel abgerungen. Abgesichert ist in diesem Spannungsfeld hingegen noch nichts.

Christian Schmidt-Häuser